

Eingang:

01.12.2021

**Antrag
der CDU-Fraktion**

WLAN an Frankfurter Schulen zeitnah und planvoll sicherstellen

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, der Versorgung von Schulen mit WLAN endlich oberste Priorität einzuräumen und dabei die Evaluationsergebnisse des Pilotprojekts „WLAN an Frankfurter Schulen“ zu berücksichtigen.

Dafür sollen die folgenden Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Das Stadtschulamt und das Amt 16 (IT) richten eine Task-Force ein, die federführend und ämterübergreifend die Ausstattung der Schulen mit WLAN sicherstellt und den Zeitplan quartalsweise überprüft, aktualisiert und veröffentlicht.
2. Neben denen laut M 78/2020 vorgesehenen Stellen in Amt 16 und Amt 40 werden zusätzliche Stellen in Amt 16 geschaffen, die die Versorgung und den Support an den Schulen sowie die „aktive Wartung“ im Hintergrund sicherstellen. Diese sog. „digitalen Hausmeister“ müssen für die Schulen schnell und einfach erreichbar sein und im Notfall direkt vor Ort Hilfe leisten können. Daraus ergibt sich, dass ein „digitaler Hausmeister“ immer nur für eine bestimmte Anzahl von Schulen in einem räumlich begrenzten Gebiet zuständig sein kann. Zusätzlich wird die Einrichtung von „Technik-AGs“ angeregt, die an einigen Schulen bereits einen Teil des technischen Supports für die Schulgemeinde leisten.
3. Es erfolgt eine konkrete Bedarfserhebung bei allen Schulen dazu, wo eine Ausstattung mit WLAN erforderlich ist (z.B. auch in Lehrerzimmern und Fachräumen außerhalb der primär definierten Lernzonen) und welche Bandbreiten nötig sind, um einen reibungslosen Einsatz der Technik im Unterricht sicherzustellen.

4. Das Stadtschulamt organisiert in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum regelmäßige Fortbildungen für alle IT-Beauftragten sowie Fortbildungen für Multiplikatoren in den Kollegien zum Einsatz medialer Lehr- und Lerntechniken.
5. Die schulischen IT-Beauftragten erhalten mehr Flexibilität und Verbindlichkeit hinsichtlich der Auswahl von Geräten und Lernprogrammen. Die Verwaltungsabläufe zur Beschaffung und Genehmigung von Software werden optimiert.
6. Den Schulen wird es ermöglicht, sich bei nachgewiesenem Bedarf für die sogenannte „Museumlösung“ zu entscheiden, um eine flächendeckende WLAN-Ausleuchtung mit möglichst optimaler Bandbreite zu gewährleisten.
7. Der WLAN-Zugang an allen Schulen, die sich nicht für die sogenannte „Museumlösung“ entscheiden, wird so eingerichtet, dass neben dem Zugang über das pädagogische Netzwerk auch ein Zugang mit eigenen Geräten (Bring Your Own Device, BYOD) möglich ist.
8. Der Stadtverordnetenversammlung wird ein Bericht dazu vorgelegt,
 - a) wann welche Ausstattung zur WLAN-Anbindung der Schulen ausgeschrieben wurde;
 - b) wann für die Anbindung wie vieler Schulen bereits eine Ausschreibung erfolgt ist und welche Umsetzungsfristen darin genannt werden;
 - c) auf welche Engpässe die Lieferverzögerungen genau zurückzuführen sind und ob dieses Problem durch bestimmte Verfahren (wie die Aufteilung der Ausschreibung in kleinere Lose) abgemildert werden kann

Begründung

Der im Rahmen eines wissenschaftlichen Projekts der Goethe-Universität Frankfurt erarbeitete, am 09.04.2020 veröffentlichte Abschlussbericht zu den Evaluationsergebnissen des „Pilotprojekts WLAN an Schulen“ liefert wichtige Erkenntnisse. Die Ergebnisse sollten beim weiteren Prozess des WLAN-Rollouts als „best practice“ berücksichtigt werden und konkret in die Umsetzung einfließen.

Laut dem letzten Bericht zum Thema WLAN-Rollout an Schulen (B 314/21) sind bislang nur 29 von 167 Schulen an das städtische Netz angeschlossen. Laut einem aktuelleren Artikel aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 05.11.2021 sind es mittlerweile 59 von 190 schulischen Liegenschaften. Angesichts der eigentlichen „Zielmarke“ von 100 Schulen in 2021 und der zahlreichen Nachfragen von Schulleitungen und Eltern erscheint es für eine Reduzierung von Einzelanfragen und die Schonung personeller Ressourcen sinnvoll, regelmäßig über Fortschritte des Projekts zu informieren.

Bereits aus der Evaluation des Pilotprojekts wurde außerdem deutlich, dass sich die Schulen vor allem zentrale, verlässliche Ansprechpartner und transparente Prozesse wünschen. Die Einrichtung einer Task Force kann somit zur Schaffung effizienterer Prozesse, verbesserter Kommunikation und beschleunigter Verwaltungsabläufe beitragen. Schulen mangelt es außerdem besonders an einem verlässlichen und schnellen Support durch eine/n feste/n Ansprechpartner/in. Laut dem Evaluationsbericht benötigt man neben schulischen IT-Beauftragten dringend eine eigene Stelle, denn die Arbeitsbelastung ist nicht als Zusatzaufgabe durch das pädagogische Personal leistbar. Da es unrealistisch erscheint, entsprechende Stellen an jeder Schule zu schaffen und

zu finanzieren, bleibt nur eine städtisch organisierte Lösung. Diese „digitalen Hausmeister“ müssen eng mit den schulischen IT-Beauftragten zusammenarbeiten und schnell zwecks Hilfe verfügbar sein. Auch brauchen schulische IT-Beauftragte seitens der Stadt mehr Spielraum und Gestaltungsmöglichkeiten was bspw. die Geräte-/Softwareauswahl angeht. Die Auswahl von Programmen durch einen Katalog wird als Einschränkung von den IT-Beauftragten empfunden, da nur eine begrenzte Auswahl installiert werden darf. Die zusätzliche Beschaffung und Genehmigung neuer Software wird als zu langwierig empfunden, da neue Software praktisch nie auf die Liste der verfügbaren Programme genommen wird.

Schließlich führen die im Zuge der Pilotierung eingerichteten, eher punktuellen Lernzonen in der Praxis zu organisatorischen Schwierigkeiten in der Unterrichtsplanung und zur Ungleichheit bei der Nutzung der jetzigen Ausstattung. Im Rahmen des Pilotprojektes wurde auch erfolgreich die sogenannte „Museumslösung“ getestet, mit der sehr gute Erfahrungen gemacht wurden. Bei dieser Variante erhalten die Schulen eine relativ flächendeckende Ausleuchtung und ein Netzwerk, in das sich Lehrer und Schüler frei – auch mit ihren eigenen Geräten – einwählen können. Laut Evaluationsbericht sprechen sich alle Pilotschulen einstimmig für ein flächendeckendes, bandbreitenstarkes WLAN aus, was beispielsweise gerade für die beruflichen Schulen viele Vorteile bringen würde. Des Weiteren muss es laut Abschlussbericht möglich sein, dass sowohl Lehrkräfte als auch Schülerinnen und Schüler ein eigenes Gerät mitbringen (BYOD) und im WLAN nutzen können.

Dr. Nils Kößler
Fraktionsvorsitzender

Antragstellerinnen und Antragsteller:

Stv. Sara Steinhardt
Stv. Anita Akmadza
Stv. Christian Becker
Stv. Carolin Friedrich
Stv. Claudia Korenke